

faschismus auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone. Die d. S. war als Aufgabenstellung im —> *Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945* enthalten und entsprach dem —> *Potsdamer Abkommen*. Allseitige Unterstützung bei der Durchsetzung der d. S. gab die Sowjetische Militäradministration in Deutschland; auf ihre Anordnung hin wurde trotz größter Schwierigkeiten bereits am 1. 10. 1945 der geregelte Schulunterricht wieder aufgenommen. Die entscheidende Rolle bei der Durchsetzung der d. S. spielten die neuen staatlichen Organe. Am 18. 10. 1945 formulierten die Führungen der KPD und der SPD in einem gemeinsamen Aufruf den Standpunkt der Arbeiterklasse zur d. S. und gaben zugleich die Orientierung für deren gesetzliche Regelung. Als Erziehungsziel formulierte der Aufruf, die Jugend »frei von nazistischen und militaristischen Gedanken, in einem neuen Geiste, im Geiste einer kämpferischen Demokratie, der Freundschaft unter den friedliebenden Völkern, zum selbständigen, aufrechten, freiheitlichen und fortschrittlichen Denken und Handeln« zu erziehen. (Dokumente und Materialien zur Geschichte der dt. Arbeiterbewegung, III, 1, S.211.) Die wichtigsten Punkte des Aufrufes waren: Besetzung der leitenden Schulfunktionen durch bewährte Antifaschisten, Beseitigung aller —> *Bildungsprivilegien*, Aufbau eines einheitlichen Schulsystems, Trennung von Schule und Kirche, Abschaffung der Privatschulen, Säuberung des Lehr- und Verwaltungspersonals von faschistischen und militaristischen Elementen, beschleunigte Ausbildung von Antifaschisten für den Lehrerberuf, Ausarbeitung neuer Lehrpläne und -bücher, Durchführung einer Reform des gesamten Hochschulwesens. Die d. S. wurde unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer

marxistisch-leninistischen Partei im harten Klassenkampf durchgesetzt. Vor allem um die demokratische Einheitsschule, ihren weltlichen Charakter, die besondere Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern und die Gewinnung von Neulehrern entbrannten scharfe politisch-ideologische Auseinandersetzungen. Die Landes- und Provinzialverwaltungen erließen im Mai und Juni 1946 einheitliche Gesetze zur Demokratisierung der Schule. Die demokratische Einheitsschule mit ihrer achtklassigen Grundschulausbildung, die allen Kindern zwischen 6 und 14 Jahren, ungeachtet ihrer sozialen Herkunft, das gleiche Recht auf Bildung gewährte, wurde verwirklicht. Besonders tiefgreifend wirkte die d. S. auf dem Lande. Der Bau von ländlichen Zentralschulen und Schülerheimen wurde beschlossen. Nach und nach wurden die einklassigen (1945 rd. 38% aller Volksschulen) durch voll ausgebaute Schulen ersetzt. Die am schwersten zu bewältigenden Aufgaben der d.S. waren die konsequente Entnazifizierung der Lehrerschaft und die gleichzeitig erforderliche kurzfristige Ausbildung von antifaschistischen Neulehrern. Von den etwa 40000 Lehrern, die es bei Kriegsende an den allgemeinbildenden Schulen der sowjetischen Besatzungszone gab, gehörten rund 28000 ehemals der Nazipartei an. Ihre Entfernung aus dem Schuldienst war ein unabdingbares Erfordernis der d. S. Bis zum Herbst 1946 wurden nahezu 40000 Werk-tätige, vorwiegend aus der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft, für den Schuldienst gewonnen und ausgebildet. Neue Lehrbücher wurden herausgegeben und schrittweise einheitliche Lehrpläne eingeführt. Die d. S. war eng mit dem Ziel einer gründlichen Reform des gesamten Hochschulwesens verbunden. Ab Febr. 1946 wurden Vorbereitungskurse einge-